

Minderjährige Flüchtlinge – Gemeinden machen Druck

Die Zahl der unbegleiteten jugendlichen Asylsuchenden steigt. Probleme bei der Unterbringung führten zu Unstimmigkeiten zwischen dem Kanton St. Gallen und den Gemeinden. Nun kommt Bewegung in die Sache.



Mehr und mehr Minderjährige aus Kriegsgebieten erreichen auch die Schweiz. Sie haben Anspruch auf besondere Betreuung, das schafft Probleme, weil die entsprechenden Einrichtungen fehlen, und sorgt für Diskussionen.

Bild: Schulinfo Zug

Die Situation in den Asylzentren ist angespannt, nicht nur im Kanton St. Gallen. Es fehlt an Platz für erwachsene Flüchtlinge und an geeigneten Unterbringungs- und Betreuungsmöglichkeiten für unbegleitete minderjährige Asylsuchende, sogenannte UMA. Dieses Jahr sind es drei- bis viermal so viele wie 2014. Bis Ende Oktober zählte das Staatssekretariat für Migration 1969 unbegleitete Minderjährige. Ein Drittel ist 15-jährig oder jünger. Diese Kinder und Jugendlichen stellen die höchsten Anforderungen an die Betreuung. «Vier Fünftel von ihnen sind nach unserer Schätzung mittel- bis stark traumatisiert», sagt der sankt-gallische

«Vier von fünf Kindern leiden an einem Trauma.»

Sicherheits- und Justizdirektor Fredy Fässler gegenüber der NZZ. Entsprechend personalaufwendig, komplex und teuer gestaltet sich die Betreuung der Kinder.

Unter 14-Jährige kommen in St. Gallen wenn möglich in Pflegefamilien, die Älteren sind unter anderem im Zentrum Thurhof untergebracht, das überfüllt ist. Wobei sich die Situation derzeit fast wöchentlich ändert.

Beat Tinner, Präsident der Vereinigung der St. Galler Gemeindepräsidentinnen und Gemeindepräsidenten (VSGP), kritisiert, dass das Betreuungskonzept des Kantons, der die Minderjährigen betreut und auf das Berufsleben vorberei-

ten müsste, nicht zielführend sei und in Zukunft zu hohen Kosten im Sozialwesen führe, die schliesslich die Gemeinden zu tragen hätte.

Jugendliche mit Potential fördern

Der VSGP-Präsident kritisiert insbesondere, dass die minderjährigen Flüchtlinge in verschiedenen Zentren untergebracht sind. Zuweilen auch in solchen, die nur für Erwachsene ausgelegt sind und in denen es an geeigneten Betreuungsmöglichkeiten fehlt. «Es ist nicht sinnvoll, wenn diese Jugendlichen über den ganzen Kanton verteilt und ohne fachgerechte Betreuung untergebracht werden. Es braucht wohnortnahe Betreuungsstrukturen, damit insbesondere Jugendliche mit entsprechendem Poten-

zial schnellstmöglich ins Ausbildungswesen beziehungsweise in den Arbeitsmarkt integriert werden können. So helfen wir einerseits den Jugendlichen, und andererseits sparen wir nachhaltig Sozialhilfe», ist Beat Tinner überzeugt.

Neue Plätze in einem halben Jahr

Beim Kanton ist man sich bewusst, dass die Situation nicht optimal ist. Man sei deshalb daran, ein zusätzliches Zentrum für UMA zu planen, aber das dauere rund 6 bis 12 Monate, erklärte der zuständige St. Galler Regierungsrat Fredy Fässler Anfang Dezember in der Sendung «Schweiz aktuell» von SRF. So was gehe nicht von heute auf morgen.

In den Gemeinden ist man anderer Meinung. Laut Beat Tinner gäbe es nämlich schon wesentlich früher Platz und Möglichkeiten für die Unterbringung und Betreuung von UMA. Und zwar in der Gruppenunterkunft in Thal. Dort haben die Gemeinden bereits vor zwei Jahren im Rahmen des Bundesprojekts für syrische Flüchtlinge Betreuungsformen aufgebaut, in denen neben Therapien für Erwachsene auch ein spezielles Programm für Kinder und Jugendliche angeboten wird. Die Erfahrungen sind durchwegs positiv. Da dieses Resettlement-Projekt

des Bundes aber Ende Jahr ausgelaufen ist, könnten minderjährige Jugendliche künftig dort untergebracht und psychologisch und medizinisch betreut werden.

Vorgehen wird neu beurteilt

Um die angespannte Situation zu entschärfen, haben sich Mitte Dezember auf Initiative der VSGP Vertreter der Gemeinden mit Verantwortlichen des Kantons zu einem klärenden Gespräch getroffen. Dabei wurde vereinbart, dass sowohl der Kanton als auch die Gemeinden je eine unabhängige Projektskizze erstellen, in der aufgezeigt wird, wie die Zuteilung und Betreuung von unbegleiteten minderjährigen Asylsuchenden gelöst werden könnte. So sollen allfällige Differenzen und unterschiedliche Vorstellungen bereinigt werden. Parallel dazu erstellt der von Kanton und Gemeinden anerkannte ehemalige Vizestaatssekretär und Leiter der Logistik des Kantons St. Gallen, Markus Bucheli, ein Gutachten zu nichtpolitischen Fragen wie beispielsweise nach dem zivilrechtlichen Wohnsitz der UMA und den daraus resultierenden Kostenübernahmen, zu aufsichtsrechtlichen Fragen sowie zu Fragen der Kinder- und Erwachsenenschutzgesetzgebung.

Beat Tinner zeigte sich nach dem Treffen verhalten optimistisch: «Wir konnten immerhin durchsetzen, dass ein Rechtsgutachten erstellt wird. Dagegen hat sich das zuständige Departement bislang gewehrt.» Sukkurs erhielten die Gemeinden in diesem Punkt auch vom Departement des Innern, das die Aufsicht über die Asylzentren hat.

Verhaltener Optimismus

Ob der Kanton gewillt ist, von seinem Betreuungskonzept abzurücken, und die Gemeinden bei der Betreuung von UMA künftig besser integriert werden, ist derzeit noch offen. Die eingeleiteten Massnahmen seien aber ein erster Schritt der Annäherung, ist VSGP-Präsident Beat Tinner sicher. «Wir sind zwar noch nicht dort, wo wir sein wollen, aber wir sind dem Ziel, eine für alle praktikable und vertretbare Lösung mit klaren Regelungen zu präsentieren, einen Schritt näher gekommen.»

Das nächste Treffen zwischen Kantons- und Gemeindevertretern findet voraussichtlich noch in diesem Monat statt.

Patrick Stämpfli

Aargau muss früher informieren

Der Kanton Aargau stellte Gemeinden, die Asylbewerber aufnehmen sollten, bislang vor vollendete Tatsachen. Dieser Praxis der grünen Regierungsrätin Susanne Hochuli hat das Kantonsparlament nun einen Riegel geschoben.

Der Kanton Aargau muss eine Gemeinde über eine geplante Asylunterkunft informieren, bevor er den Mietvertrag unterzeichnet hat. Der Grosse Rat hat im Dezember ein SVP-Postulat überwiesen. Der Regierungsrat wehrte sich gegen den Vorstoss. Mit der vorzeitigen Information könnten Fragen vorgängig geklärt und allfällige Bedenken berücksichtigt und besprochen werden, begründete der SVP-Grossrat Christoph Riner sein Postulat. Es gebe keinen Grund, Gemeinden nicht rechtzeitig und vorgängig zu informieren und anzuhören. Information nach Vertragsunterzeichnung könne als Misstrauen gegenüber den Gemeindebehörden interpretiert werden, so Riner weiter. Man schaffe damit Misstrauen und Unmut.

SP gegen offensivere Information

FDP, CVP und BDP unterstützten die Forderung. Die Gemeinden müssten früher

in den Prozess eingebunden werden. Probleme könnten nur gemeinsam gelöst werden, betonten die Befürworter. Es gehe um Fairness und nicht um Mitsprache. Die SP war dagegen, es werde mehr Widerstand gegen Unterkünfte geben, hiess es. Die offensivere Information führe nicht zu mehr Akzeptanz.

Hochuli: Information unmöglich

Die zuständige Regierungsrätin Susanne Hochuli (Grüne) wehrte sich gegen die SVP-Forderung. Sobald ein Mietvertrag unterzeichnet sei, werde sie wie bisher den Gemeindeammann über die geplante Unterkunft informieren, sagte sie laut Schweizerischer Depeschagentur. Laut der Aargauer Zeitung begründete sie, es werde kurzfristig nicht möglich sein, einen vorgängigen Einbezug der Gemeinden zu garantieren, weil die ausserordentliche Lage auch sehr kurzfristige Entscheide verlange. Wenn dem

Kanton eine Liegenschaft von Privaten zur Miete angeboten werde, so prüfe man zuerst, ob die Nutzung möglich sei und der Mietpreis stimme. Danach werde die Standortgemeinde orientiert, um die Einzelheiten zu klären. Dieses Vorgehen entspreche dem Ablaufschema, dass, von einer Kommission aus Kantons- und Gemeindevertretern erarbeitet worden sei.

Regierung: im Prinzip ja, aber...

In seiner Antwort auf das Postulat hatte der Regierungsrat geschrieben, es sei klar, dass die Kommunikation zwischen den kommunalen und kantonalen Behörden «offen, frühzeitig und ehrlich» erfolgen solle.

Der Regierungsrat wies darauf hin, dass die Kantons- und Gemeindebehörden «mit verschiedenen Sachzwängen und teilweise gegensätzlichen Interessen konfrontiert werden». *sda*